

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/73

Bonn, den 15. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>In Freundschaft verbunden</u> Zum USA-Aufenthalt von Brandt und Erler Von Günter Markscheffel, z.Z. Washington	92
2 - 2a	<u>Wachablösung der Schwäche</u> Sinkendes CDU-Vertrauen in die eigene Kraft Von Franz Barsig	66
2a	<u>Trügerische Zahlen</u> Anhand von Rentenbeispielen	27
3 - 4	<u>Schneller und wirksamer</u> Die Zonenrandpolitik muß elastischer werden Von Klaus Rusticus, Hannover	62
5	<u>Unverjährbarkeit und Völkerrecht</u> UNO-Menschenrechtskommission gegen Verjährung von Kriegsverbrechen Von Pierre Simonitsch, Genf	47

+ + +

In Freundschaft verbunden

Zum USA-Aufenthalt von Brandt und Erler

Von Günter Markscheffel, z.Z. Washington

Die politische Bedeutung des Washington-Besuchs von Willy Brandt und Fritz Erler ist schon ersichtlich, wenn man bedenkt, daß Präsident Johnson am Mittwoch nach einem harten Tag, angefüllt mit Besichtigungen in den Katastrophengebieten, seine Gäste noch am Abend im Weißen Haus empfing und in betont herzlicher Atmosphäre jene Fragen erörterte, die gleichermaßen in den USA wie in Europa die Gedanken von Millionen Menschen bewegen. Auch die Unterredung mit Präsident Johnson bekräftigte bei Brandt und Erler die schon im Verlaufe der zahlreichen vorausgegangenen Gespräche gewonnenen Eindrücke. Demnach sind folgende für die Bundesrepublik und Berlin bedeutsamen Feststellungen erlaubt:

Die jüngsten, von den Zonenmachthabern und Moskau ausgelösten Störmaßnahmen gegen den Berlin-Verkehr haben das gute Verhältnis zwischen den USA und Deutschland nur noch gestärkt. In Washington wurde Willy Brandt versichert, daß jede ernsthafte Behinderung des Berlin-Verkehrs eindeutige Gegenmaßnahmen zur Folge haben würde. Aus dieser Verpflichtung des stärksten Verbündeten der Bundesrepublik ergibt sich aber auch die Notwendigkeit einer gewissenhaften Analyse aller Maßnahmen, die zur Festigung des atlantischen Bündnisses führen können. Diese Aufgabe erstreckt sich aber nicht nur auf den militärischen Bereich des Problems, sondern auch auf politische Maßnahmen und Überlegungen, die den Realitäten von heute und morgen entsprechen müssen.

Die Regierung der USA billigt die von Brandt eingeleitete Politik der 'kleinen Schritte' zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Sie beglückwünscht den Regierenden Bürgermeister von Berlin zu seiner Initiative und befürwortet den Ausbau der Bemühungen um die Verbesserungen der menschlichen Kontakte im geteilten Deutschland.

Aus Anlaß der 20. Wiederkehr des Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind die USA bereit, ihre Garantieerklärung für die Sicherheit und Freiheit Berlins und der Bundesrepublik zu bekräftigen. Die USA wollen dadurch vor aller Welt bekunden, daß sie ihren Blick in die Zukunft richten und der jungen Generation in Deutschland die Gewissheit geben, daß das ganze deutsche Volk ein Recht auf seine Selbstbestimmung in Freiheit und Frieden hat.

Eine neue Initiative mit Substanz zur Lösung des Deutschland-Problems bedarf der Übereinstimmung aller Alliierten, sowie der vorherigen Abstimmung unter den Verbündeten, daß die Geschlossenheit der westlichen Allianz bei künftigen Verhandlungen mit Moskau gewährleistet ist.

Faßt man diese Feststellungen zusammen, dann zeigt sich mit zwingender Logik, daß die offizielle amerikanische Politik von der Bundesregierung klare Antworten auf Fragen erwartet, von denen man jetzt schon weiß, wie schnell sie bei möglichen kommenden Verhandlungen von der östlichen Seite aufgeworfen werden dürften. Aber niemand glaubt in Washington, daß die Zeit jetzt schon für solche Erörterungen reif ist. Das mag mit den Wahlen in der Bundesrepublik zusammen-

hängen, kann aber auch im Blick auf Frankreich laut oder leise "gedacht" werden, wo ja ebenfalls eine wichtige Wahl bevorsteht.

Es wird also vieler Detailberatungen unter den Alliierten und der Bundesrepublik bedürfen, bis die Gewisheit besteht, ob die Voraussetzungen für eine neue Deutschland-Initiative mit Substanz erfüllt sind.

Willy Brandt und Fritz Erler haben in ihren Unterredungen mit den amerikanischen Spitzenpolitikern keine Zweifel daran gelassen, daß sie in Washington nicht "verhandeln". Das ist allein die Aufgabe der Bundesregierung, die natürlich auch weiß, daß die Lösung des Deutschland-Problems keine Sache von Bekonntnissen oder Grundsatz-erklärungen ist.

Heute wird von unseren Alliierten, mehr noch als vor wenigen Jahren, die Schicksalsfrage des deutschen Volkes in den Rahmen einer grossen Anzahl anderer Probleme gestellt.

Was bei den Genfer Außenministerkonferenzen von 1955 und 1959 vornehmlich ein Kräfteressen gewesen war, ist heute zu einem Bemühen um einen Ausgleich der Kräfte geworden. Da spielen mit hinein: Die nationale Entwicklung in den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas, der Konflikt zwischen Moskau und Peking, das Engagement der USA in Vietnam und nicht zuletzt die Vorstellungen de Gaulles von einem "Europa, unabhängig von den USA". Das stete Drängen und Ringen des deutschen Volkes um sein Recht zur Wiedervereinigung wird in Washington vorbehaltlos anerkannt. Ebenso deutlich wird jedoch von amerikanischer Seite auf die anderen Zusammenhänge der internationalen Politik verwiesen, die eine aktivere Beteiligung der Bundesrepublik an substanziellen Vorschlägen zur Lösung des Deutschland-Problems erforderlich erscheinen lassen.

Nicht zuletzt hat Brandt gerade aus diesem Grunde in Washington darauf verwiesen, daß die deutsche Bundesregierung verpflichtet sei, die vorhandenen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau, natürlich im Einvernehmen mit den Westalliierten, zu aktivieren.

Dasselbe gilt auch für jene Probleme, die sich im Zusammenhang mit Erörterungen um eine Friedensregelung für Deutschland stellen. Bestimmte an Brandt und Erler von Politikern und Journalisten gerichtete Fragen lassen erkennen, daß man in den USA gewisse Zweifel an der Entschlossenheit der jetzt noch amtierenden Bundesregierung hegt, ein Höchstmaß von Umsicht und Realismus hierbei entwickeln zu können.

Auch in den USA ist nicht verborgen geblieben, wie uneinig man im Bonner Regierungslager ist, eine Erkenntnis, die nicht zuletzt auf widersprüchliche Äußerungen führender Mitglieder der Bonner Regierungsparteien zurückzuführen sein dürfte.

Das starke Echo, daß der Besuch Brandts und Erlers in Washington in der US-Öffentlichkeit gefunden hat, läßt erkennen, welche Bedeutung diesen beiden Männern und damit der deutschen Sozialdemokratie für die Gestaltung des künftigen Schicksals Deutschlands zugemessen wird.

Wachablösung der Schwäche

Sinkendes CDU-Vertrauen in die eigene Kraft

Von Franz Barsig

In den Jahren 1953, 1957 und mit Einschränkung 1961 waren die Vor-spekulationen, welche CDU/CSU-Minister einem neuen Bundeskabinett nicht mehr angehören würden und welche Ministertablen das Ziel der neuen Klasse erreichen, nicht nur ein reizvolles journalistisches Puzzlespiel, sondern auch ein Ausdruck der Zuversicht, es bei diesen Wahlen wieder zu schaffen, denn fast hinter jeder journalistischen Kombination steckten ja CDU-Minister und CDU-Ministertable, die bleiben wollten oder hofften, andere ablösen zu können.

Die jetzt von Josef Hermann Dufhues in Gang gesetzte Diskussion über die Wachablösung hingegen ist ein Zeichen der Schwäche und des sinkenden Vertrauens in die eigene Kraft. Intern gibt es doch die CDU/CSU offen zu, dass ihre Hoffnung von Monat zu Monat schwindet, nach dem 19. September 1965 Ministerlisten bestimmen zu können.

Gerade das erklärt die Erbitterung über Dufhues und seine krampfhaften Versuche, die Düsseldorfer Erklärung abzuschwächen. Er tat das in der "Kölnischen Rundschau am Sonntag", in einer Presskonferenz in München vor dem CSU-Parteitag und am Dienstag dieser Woche im Hessischen Rundfunk. Hier allerdings war er schon wieder etwas mutiger, denn er sagte, dass für seine Forderung "jeder, auch die beteiligten Minister, sicherlich Verständnis haben oder haben sollten".

Wer also Verständnis dafür haben soll, dass er abgelöst werden muss, für den ergibt sich zwangsläufig, dass er versagt haben muss. Welche Minister aber sind das, wenn man die eigenen Einschätzungen der CDU/CSU zugrunde legt? Genau das möchten wir wissen. Und die CDU/CSU soll damit rechnen, dass ihr diese Frage während des ganzen Wahlkampfes gestellt werden wird.

Bei einem Minister ist die "Wachablösung" ziemlich klar. Der Lücken-Justizminister Weber soll auf der Strecke bleiben, denn nach seinem Durchfall im Wahlkreis droht ihm jetzt auch noch der Verlust eines aussichtsreichen Listenplatzes, weil man in Rheinland-Pfalz Dr. Süsterhenn abdecken will, von dem man annimmt, dass er den ihm zugeordneten Wahlkreis nicht erobern kann.

Und was ist mit den Versagern Seeborn, Blank, Schwarzhaupt, Niederalt, Schmücker und anderen?

Es ist klar, dass an einer solchen Gespensterdiskussion Franz Josef Strauß auch beteiligt sein muss. Jedenfalls wird in der Kummer acht von "Kristall" berichtet, dass Franz Josef Strauß von den vier gegenwärtig antretenden Bundesministern der CSU nur einen einzigen wieder ins Amt zurückkehren lassen will, nämlich Hermann Höcherl, während Stücklen, Niederalt und Dollinger durch ihn selbst als Sonderminister und Vorsitzenden des Verteidigungsrates, Dr. Jaeger als Verteidigungsminister und Hans August Lückert als Landwirtschaftsminister ersetzt werden sollen.

Er macht also auch Kabinettslisten, obwohl Rainer Barzel in München Franz Josef Strauß mit der zugegeben eleganten Formulierung, es würde

für ihn eine Ehre sein, mit Strauß gemeinsam die neue Fraktion zu führen, vergeblich Brücken gebaut hat, um Strauß zu einer Verzichtserklärung für das neue Kabinett zu bewegen.

Auch Dufhues nimmt im Hinblick auf Strauß den Mund nicht mehr so voll, denn dem Ministerbekenntnis vor dem Düsseldorfer CDU-Parteitag folgte jetzt am Dienstag dieser Woche im Hessischen Rundfunk im Hinblick auf Strauß die Erklärung:

"Und ausserdem darf ich doch darauf hinweisen, dass Herr Strauß mehrfach gesagt hat, es gäbe wichtigere Aufgaben und Ämter als das eines Ministers. Er weise sich durchaus zu beschränken. Und ich meine, dass wir in dieser Frage auch mit einer Haltung des Herrn Strauß rechnen können, die der im September gegebenen Situation Rechnung trägt."

Das ist zurückhaltend formuliert aber dennoch eindeutig.

Fassen wir zusammen: Die hektische Diskussion in der CDU/CSU um die fortschwimmenden Felle geht weiter, und je mehr einen der Mut verlässt, desto kunterbunter wird es.

Die SPD kann das alles mit Gelassenheit betrachten. Ihre Regierungsmannschaft steht und bei der SPD weiss jeder, mit welchen Männern und Frauen er zu rechnen haben wird. Das knarrende und quietschende Kabinettskarrussol der CDU/CSU wird der Wähler ohnehin anhalten. Denn stürzt nicht der und jener, sondern alle. Es wird zwar kein Massenmord, wie Erhard es meint, aber immerhin ein schlichter Massenabschied werden.

+ + +

Trügerische Zahlen

ep - Glaubt man den Propagandisten der Regierungsparteien, dann wäre alles bei uns in der Bundesrepublik in schönster Ordnung. Immer müssen für den Beweis der Tüchtigkeit der Regierung die angeblichen höchsten Sozialleistungen herhalten, die wir im Vergleich mit anderen Industrienationen haben sollen. Wie steht es nun mit unseren Renten und Rentempfängern? So behauptete der bayerische Staatssekretär, Dr. Pirkel, in Bayern würden gegenwärtig über 519 000 Kriegsbeschädigte, Kriegserwitwen, Kriegserwaisen betreut, für die im Jahre 1964 im Rahmen der Kriegsopferversorgung ungefähr eine Milliarde DM aufgewendet worden seien. Tatsache ist, dass in Bayern derzeit 496 983 versorgungsberechtigte Kriegsopfer eine Rente beziehen. Dafür wurden im letzten Jahre 850 Millionen DM ausgezahlt, das bedeutet eine durchschnittliche Monatsrente von 171 DM - vor diesen Zahlen verschwindet der Nimbus der Milliarde. - Auf der Landesversammlung der CSU behauptete Strauß: "Die Höchstrenten steigen (in der Bundesrepublik) von 750 DM auf 825 DM. Sie übertreffen bei weitem das, was in dem so oft erwähnten sozialen Wunderland Schweden die Volkspension zu bieten hat ..." Unsere Rentner würden sich bedanken, wenn sie die schwedische Volkspension statt der deutschen Renten erhalten würden." Wie steht es nun damit? Abgesehen davon, dass sich die schwedische Volkspension zusammen mit der Zusatzpension im Vergleich zu unseren Höchstrenten sehen lassen kann, ist festzustellen, dass die von Strauß angegebene Höchstrenten nicht einmal ein Prozent unserer Rentner erhalten. Im Jahre 1963 betragen 90 Prozent der Frauenrenten aus der Arbeiterrentenversicherung monatlich nur 160 DM, 80 Prozent der Männerrenten lagen unter 300 DM monatlich. In der Angestelltenversicherung erhielten nur 22 Prozent der Männer eine Monatsrente von über 500 DM. Das ist die soziale Wirklichkeit. Sie lässt sich auch durch trügerische Zahlen nicht verdecken.

+ + +

Schneller und wirksamer

Die Zonenrandpolitik muß elastischer werden

Von Klaus Rusticus, Hannover

Der Bundestag dürfte sich in Kürze wieder mit einem - interfraktionellen - Antrag, der auf die Initiative von Herbert Wehner zurückzuführen ist, in "Sachen Zonenrandpolitik" befassen. Die SPD-Abgeordneten, die jetzt erneut die Forderung nach einem Gesamtplan aller notwendigen und beabsichtigten Maßnahmen für das Zonenrandgebiet erhoben haben, stammen vor allem aus Niedersachsen, aber auch Abgeordnete aus dem übrigen Bundesgebiet, wie z.B. MdB Erwin Lange aus der Ruhrmetropole Essen, plädieren für eine elastischere, schnellere und wirksame Zonenrandhilfe. Das gilt nach wie vor für den gesamten Zonengrenzraum entlang der 1 381 km langen Demarkationslinie von der norddeutschen Küste bis zum Bayrischen Wald.

Ein aktuelles Beispiel aus Niedersachsen

Die kaum 3 300 Einwohner große niedersächsische Grenzstadt Hornburg verlor jüngst durch Schließung einer Zuckerfabrik mehr als die Hälfte ihrer Gewerbesteuer, was praktisch einem kommunalen Ruin gleichkommt. Im Zuge der allgemeinen Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Zuckerindustrie ist das Schicksal der Hornburger Fabrik keine Sensation. Nachdem aber bereits vorher gut 60 Prozent aller arbeitsfähigen Bürger oft weit vom Wohnort entfernt einen Erwerb suchen mußten, verlor das Städtchen nunmehr seine letzte lukrative Existenzbasis.

MdB Dr. Morgenstern: "... ein tödlicher Schlag"

Als der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Vizkanzler Dr. Mende, seine letzte Zonengrenzlandbereisung unternahm, machte er auch in Hornburg Station. Damals war die Zuckerfabrik noch nicht geschlossen. Und als dann Dr. Mende - nach seinem Besuch - der Stadtverwaltung von Hornburg schrieb, er wäre angesichts der unmittelbaren Lage an der Demarkationslinie und auch angesichts der Tatsache, daß ein größerer Teil der Fabrikanteile sich in den Händen von Landwirten in Mitteldeutschland befindet, gern bereit, sich für die Hornburger Zuckerfabrik einzusetzen, da schöpfte man auch in dem Zonengrenzstädtchen wieder ein wenig Hoffnung. "Die Schließung ist ein tödlicher Schlag für Hornburg," schrieb nunmehr MdB Dr. Heinz Morgenstern (SPD) dem Vizkanzler,

dessen Worten die Hornburger heute nicht mehr so recht glauben wollen.

Im Zonenrand sollen Bundesunternehmen angesiedelt werden

Nicht nur durch das Beispiel dieser kleinen Stadt, die durch den "Eisernen Vorhang" ihres gesamten wirtschaftlichen Hinterlandes beraubt wurde, sondern auch in anderen zonengrenznahen Kreisen und Städten zwingen sich klare Erkenntnisse auf:

- * Die Entwicklung im Zonenrandgebiet kann und darf nicht allein von
- * betriebswirtschaftlichen Erwägungen heraus gesteuert werden, die
- * letztlich auch für die Schließung der Hornburger Fabrik ausschlag-
- * gebend waren. Politische Konsequenzen müssen daraus gezogen wer-
- * den. Sie müssen auch im Zonenrand an erster Stelle stehen.

- * Das Zonenrandgebiet konnte nicht an allgemeinen wirtschaftlichen
- * Wachstum der Bundesrepublik Anteil nehmen; es verfügt infolgedes-
- * sen an vielen Stellen noch über eine Arbeitskräftereserve, wegen
- * der schon der Ansatz neuer Industrien zukunftsfruchtig ist.

- * Weil aber die retardierende Entwicklung im Zonenrand schon zu lan-
- * ge andauert und die bisherigen Förderungsmaßnahmen nicht überall
- * zu einem dauerhaften Erfolg geführt haben, bedarf es des gezielten
- * und möglichst von Regierungsseite forcierten Industrieansatzes.

Man denkt im Zonenrandgebiet u.a. auch an die Ansiedlung von Zweigbetrieben von Bundesunternehmen oder von solchen großer Konzerne. Es müssen in erster Linie weniger krisenanfällige Firmen sein. Wirtschaftliche Experimente kann der Zonenrand heute nicht mehr verkraften.

MdB Lange: "...damit es schneller sichtbar wird"

MdB Lange (SPD) erklärte kürzlich im Bundestag, "bei denjenigen, die die Anregung gegeben hätten, den Zonenrandgebieten stärkere Hilfe zuteil werden zu lassen, schien der Gedanke vorherrschend gewesen zu sein, daß das, was dort geschehe, schneller geschehen müsse, damit es auch schneller sichtbar werde".

Trifft das schon den Kern der Sache, kommt die Aussage des Abgeordneten Hans-Jürgen Junghans (SPD) aus Salzgitter der einzig richtigen Beurteilung einer schleppenden Bürokratie gleich: "Fiskalisches Denken muß endlich aufhören, wenn es um den Zonenrand geht!"

Unverjährbarkeit und Völkerrecht

UNO-Menschenrechtskommission

gegen Verjährung von Kriegsverbrechen

Von Pierre Simónitsch, Genf

"Tief erfüllt von der Sorge, dass kein an den Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit der Naziperiode Schuldiger der Justiz entgehen kann, wo auch immer er sich befindet und zu welchem Zeitpunkt er entdeckt wird", hat die in Genf tagende UNO-Menschenrechtskommission einstimmig eine Resolution angenommen, die eine weitere Verfolgung der Nazi-Mörder auf unbestimmte Zeit zur Pflicht aller Staaten machen soll. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen soll bis zum nächsten Zusammentreffen der Menschenrechtskommission die Mittel und Wege studieren, um das Prinzip der Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen ins Völkerrecht aufzunehmen.

Am Ursprung dieses Dokuments steht eine Eingabe des polnischen Vertreters, die von den 21 Mitgliedstaaten der Kommission einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Die Spitze dieser Initiative war natürlich gegen die Bundesrepublik gerichtet, wo die Verfolgung der Kriegsverbrecher angeblich nur sehr zaghaft weitergeführt wird. "Warum stellen die europäischen Staaten ihre Dossiers immer erst dann zur Verfügung, wenn es irgendeine Persönlichkeit mit belastender Nazivergangenheit in der Bundesrepublik wieder zu einer respektablen Stellung gebracht hat?" schoss der amerikanische Delegierte zurück. Die kommunistischen Behörden seien zu einem guten Teil dafür verantwortlich, dass viele Kriegsverbrecher noch frei herumlaufen. Im Übrigen trat auch der Amerikaner für die Sühnung aller Verbrechen des Zweiten Weltkrieges ein: "Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, Justiz zu machen, werden dies Einzelpersonen, die nicht vergessen können, für sie tun. Keine gesunde Gesellschaft kann eine solche Lynchjustiz tolerieren - es ist daher unerlässlich, dass die Opfer auf dem Rechtswege Genugtuung erhalten." Aber ein solches Forum von international anerkannten Juristen wie die UNO-Menschenrechtskommission dürfe nicht zu Propagandazwecken missbraucht werden.

Man einigte sich nach der ersten Diskussion auf die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines Kompromisses zwischen der ursprünglichen polnischen Version und verschiedenen Abänderungsvorschlägen. Die österreichische Delegation leistete nützliche Vermittlerdienste. Dass der endgültige Resolutionstext schliesslich zum Grundstein eines neuen juristischen Werkes wurde, das kaum mehr etwas mit der beabsichtigten Verurteilung der Bundesrepublik zu tun hat, geht in erster Linie auf die Leistung des namhaften französischen Rechtsgelehrten Professor René Cassin zurück. Ziel der angenommenen Resolution ist nämlich die Schaffung einer internationalen Konvention - oder eine feierliche Deklaration der UNO-Vollversammlung -, die zur Abschreckung eventueller künftiger Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit dienen soll. Bisher gab es im internationalen Recht keinen einzigen Text, der über das Problem der Verjährung oder Unverjährbarkeit von Kapitalverbrechen Bescheid gibt.

Dieser erste konkrete Schritt zu einer de-facto-Anerkennung des Völkerrechts in der Gerichtspraxis der verschiedenen Staaten würde zu einem interessanten Präzedenzfall führen. In der Folge könnte man beispielsweise die Lücken in der Gesetzgebung mancher Länder schliessen, durch die gewiegte Rauschgift- und Menschenhändler zu schlüpfen pflegen.